



Susan Neiman

Berliner Zeitung am Wochenende

17. Juli 2021

Eine wegweisende Botschaft

Frank-Walter Steinmeier hat kritische Israelis geehrt und beim jüngsten Staatsbesuch in Israel Rückgrat und Feingefühl gezeigt. Warum seine Haltung in dieser Zeit so wichtig ist

Vor wenigen Jahren sprach mich ein Mann an, der mich für eine Rede vor der AfD werben wollte. Aus reiner Neugierde hörte ich ihm kurz zu, bis ich erwiderte: „Sie können mich nicht mit Islamophobie ködern, schließlich bin ich nicht Henryk Broder.“ Der Mann war regelrecht erstaunt: „Haben Juden denn unterschiedliche Meinungen?“ Alle Juden, denen ich diese Geschichte erzählte, haben lauthals gelacht. Sie wollten nicht glauben, dass die Frage ernst gemeint war. Lautet doch der banalste aller jüdischer Witze: Treffen sich zwei Juden, sind mindestens drei Meinungen im Raum. Wo sonst auf der Welt käme man auf die Idee, eine Regierungskoalition aus acht Parteien zu bilden, außer in Israel?

Doch das Staunen stellt sich nicht nur bei AfD-Mitgliedern ein. Inzwischen merke ich, wie auch viele gebildete linksliberale Deutsche überrascht reagieren, wenn sie erfahren, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland und die israelische Regierung nicht die Totalität jüdischer Meinungen abbilden – noch nicht einmal die Mehrheit, wenn man es international betrachtet. Für eine Mehrheit der Juden der Welt ist die Idee, dass Israels Regierung uns vertritt, so abstoßend, wie es für linksliberale Deutsche wäre, würde die AfD behaupten, sie allein repräsentiere die echten Deutschen – alles andere sei lediglich eine linke Bubble.

Unser Bundespräsident bildet hier eine Ausnahme. Im Jahr 2020 war Frank-Walter Steinmeier der erste deutsche Bundespräsident, der je eingeladen wurde, eine Rede in Israels Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zu halten. Seine Rede begann und schloss mit einem biblischen Zitat: „Gepriesen sei der Herr, dass er mich heute hier sein lässt.“ Doch vordergründig war es nicht der Herr: gepriesen wurde die israelische Nation für ihre Bereitschaft, sich mit dem deutschen Volk zu versöhnen. Steinmeiers Bekenntnis zur deutschen Schuld war glasklar. Israelis, die sich an langatmige Lippenbekenntnisse ausländischer Politiker gewöhnt haben, waren

beeindruckt. Viele sagten, es sei die beste Rede, die in Yad Vashem je gehalten wurde.

Mit seinem dezidierten Verständnis der deutschen Vergangenheit nutzte Steinmeier seinen jüngsten Staatsbesuch in Israel, um auch Diskussionen über die Zukunft Deutschlands und Israels zu eröffnen. Auffallend waren dabei seine Ehrungen dreier Israelis, deren Kritik israelischer Politik dem deutschen Publikum bekannt ist: David Grossman, Eva Illouz und Omri Boehm.

Kürzlich erklärte der Schriftsteller David Grossman den Lesern der SZ, warum er etwa das Wort „Apartheid“ benutzt. In der Zeit kritisierte die Soziologin Eva Illouz den Bundesbeauftragten Felix Klein für dessen Gleichsetzung einer Kritik an der israelischen Politik mit Antisemitismus. Weiter schrieb sie für die Wochenendausgabe der Berliner Zeitung, dass die Knesset-Partei Otzma Yehudit weit rechtsradikaler sei als europäische Rechtsparteien; deshalb könnten sie im Grunde nur mit dem Ku Klux-Klan verglichen werden. Und der Philosoph Omri Boehm betonte in zahllosen Beiträgen in deutschen Zeitschriften sowie in seinem Buch „Israel – eine Utopie“, dass Israel nicht zugleich jüdisch und demokratisch sein könne, wenn die 50 Prozent seiner Einwohner – die Palästinenser – kaum Bürgerrechte genießen.

Boehm schlug deshalb die Bildung eines binationalen Staates vor. Wenngleich er darauf verwies, dass selbst rechts stehende israelische Politiker wie Jabotinsky einst ähnliche Vorschläge befürworteten, weiß er, dass eine Ein-Staaten-Lösung keineswegs bald umgesetzt werden kann. Deshalb lautet als Inschrift seines Buchs jenes Zitat, das jedes israelische Schulkind kennt: „Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen.“ So schrieb Theodor Herzl einst über die Möglichkeit eines jüdischen Staates – 49 Jahre vor dessen Gründung.

In vielen jüdischen Gemeinden sind Positionen wie die von Grossman, Illouz und Boehm keine Seltenheit. Im Gegenteil: Sie sind Teil des Versuches, aus dem Stillstand herauszukommen, der entstanden ist, seitdem realistische Hoffnungen auf eine Zwei-Staaten-Lösung verschwunden sind. Solange die mögliche Existenz zweier Staaten realisierbar schien, konnten demokratische Prinzipien mit der Bewahrung eines jüdischen Staates aufrechterhalten bleiben. Doch weder Israelis noch Palästinenser glauben heute noch daran, dass zwei Staaten entstehen werden. Deshalb müssen wir, wenn wir einen demokratischen Nahen Osten unterstützen, neue Möglichkeiten offen diskutieren.

Ein toxisches Debattenklima

In Deutschland jedoch werden derartige Diskussionen für illegitim, ja für antisemitisch erklärt. Hätte der BDS-Beschluss des Bundestages von 2018 Gesetzeskraft, dann dürfte keiner der genannten israelischen Denker in staatlich gefördertem Rahmen in Deutschland auftreten. Noch haben die Medien nicht untersucht, wie der Beschluss entstanden ist – nämlich als Reaktion auf einen Vorstoß der AfD, die einen noch härteren Beschluss verabschieden wollte. Nachdem das Bündnis „GG 5.3 Weltoffenheit“ gegen die Anwendung des BDS-Beschlusses protestierte, erstellte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages ein Gutachten, in dem deutlich wurde, dass der Beschluss gegen das Grundgesetz verstieße, wenn er ein Gesetz wäre.

Seit Dezember 2020 hat der BDS-Beschluss deshalb lediglich den Rang einer Meinungsbekundung. Leider ist diese Botschaft bei vielen deutschen Institutionen noch nicht angekommen. Projektgelder werden zurückgezogen, Ausstellungen und Konzerte abgesagt. Neulich wurde die Arbeit der israelischen Künstlerin Shira Wachsmann, für eine Chemnitzer Ausstellung bestellt, in einem anderen Raum gezeigt, weil der Veranstalter einen Brief erhielt, der ihr „israelfeindliche Positionen“ vorwarf. Begründet wurde der Vorwurf damit, dass die Israelin Wachsmann einen Aufruf der Initiative „GG 5.3 Weltoffenheit“ unterstützt habe. Die Musikerin Nirit Sommerfeld, deren Großvater von den Nazis ermordet wurde, wurde wegen kritischer Aussagen zur israelischen Besatzungspolitik mehrfach zur Zielscheibe von Deutschen, die vor angeblichem Antisemitismus warnen. Letztens zirkulierte ein Rundbrief in Ulm, in dem dazu aufgerufen wurde, Sommerfeld nicht mehr zur Friedenswoche einzuladen, wo sie früher auftrat. Betroffen sind immer öfter Juden, auch Israelis, die in Deutschland leben.

Kein Jude, der in Deutschland lebt, muss darüber belehrt werden, dass es hier noch Antisemitismus gibt. Wir erleben es regelmäßig, und zwar meistens aus gutbürgerlichen deutschen Kreisen. Dass anständige Deutsche Ausbrüche von Antisemitismus befürchten, ist verständlich, gar ehrenwert. Langsam, zaghaft, aber letztlich doch ernsthaft hat die Mehrheit der Deutschen Verantwortung für den Holocaust übernommen. Die Erkenntnis, dass viele der eigenen Eltern und Großeltern eine Mitschuld daran trugen, füttert natürlich die Angst vor einer Wiederholung. Die Anerkennung der Täterschaft einer Nation durch die eigene Bevölkerung ist historisch bislang einmalig. Schuld und Scham sind oft die Voraussetzungen moralischer Verantwortung. Wenn der Fokus allerdings auf der eigenen Schuld und Scham verharrt, kann dies den Blick für die Lebenswirklichkeit anderer überschatten. Dies zeigt sich in der deutschen Berichterstattung zu Israel/Palästina eklatant. Aber wer das Schicksal eines anderen Landes zur Staatsräson erklärt, sollte doch auch etwas über dessen Gegenwart wissen.

Die Entscheidung des Bundespräsidenten, sich mit verschiedenen israelischen Stimmen zu treffen, zeigte deutlich, dass er keine Scheu hat, sich mit dieser Gegenwart auseinanderzusetzen. Nur durch Anerkennung verschiedener Denkrichtungen lassen sich demokratische Prinzipien aufrechterhalten. Leider teilt die rechte israelische Zeitschrift Israel HaYom ein solches Demokratieverständnis nicht. Sie kritisierte den Bundespräsidenten dafür, Omri Boehm als Gast seiner Delegation mitgenommen zu haben.

Boehm ist Professor an der New School in New York, wo einst viele deutsche Emigranten – darunter Hannah Arendt – wirkten. Derzeit lebt er in Berlin. Als der jüngste der genannten Denker wirkt er am leichtesten angreifbar. Seine Teilnahme an der deutschen Delegation wurde von Israel HaYom als unakzeptable Einmischung der Deutschen in die israelische Politik gedeutet. Angesichts der Tatsache, dass Jeremy Issacharoff, Israels Botschafter in Berlin, sich stolz seines Einflusses auf den BDS-Beschluss des Bundestages rühmt, könnte man Israel HaYom Chutzpah vorwerfen. Jeder Israeli weiß, was für eine Zeitung das ist: Gegründet vom Casino-Milliardär Sheldon Adelson, der auch Millionen an Trump spendete, wurde die Zeitschrift ins Leben gerufen, um Netanjahu zu unterstützen. Da sie umsonst ist, hat sie die meisten anderen Zeitungen in Israel vom Markt vertrieben.

In ihrem großen, umstrittenen Werk „Eichmann in Jerusalem“ warf Hannah Arendt dem Gericht einen schwerwiegenden Fehler vor. Statt Eichmann wegen „Verbrechen gegen das jüdische Volk“ anzuklagen, hätte die Anklage „Verbrechen gegen die Menschheit“ lauten sollen. Mit diesem Vorwurf stellte sich Arendt deutlich in die universalistische Tradition des Judentums, die im 2. Buch Moses ihren ersten Ausdruck fand: „Ihr sollt den Fremden nie misshandeln, denn fremd ward Ihr im Land Ägypten.“ Übersetzt heißt das: Man soll sich an die eigene Verfolgung erinnern, damit man für alle Formen der Verfolgung wach bleibt. Auch die nationalistische Tradition im Judentum kann sich auch auf biblische Zitate stützen. Etwa dieses: „Vergesst nie Amalek, der Euch immer wieder umbringen wollte.“ Beide Traditionen durchziehen die jüdische Geschichte. Ein Versuch, eine als die wesentliche zu bestimmen, wäre sinnlos. Die nationalistische Tradition wird von Angst getrieben, die universalistische von Solidarität. Irgendwann wird man sich entscheiden müssen, ob es Angst ist oder Solidarität, die die bessere Basis für die Zukunft stellt.

Universalismus vs. Nationalismus

Dass eine Mehrheit der amerikanischen Juden sich als Universalisten versteht, zeigte sich seit den Black-Lives-Matter-Demonstrationen 2020. Hunderte jüdischer Organisationen, darunter das United States Holocaust Memorial Museum, stellten sich gegen Rassismus – im Namen der jüdischen Tradition. Und auch wenn nur eine Minderheit der heutigen israelischen Bevölkerung zum Universalismus steht, ist diese Geisteshaltung dort auch vorhanden. Sie zeigt sich etwa in der unermüdlichen Arbeit von Menschenrechtsorganisationen wie Breaking the Silence, Parents Circle, Combatants for Peace oder Ta'ayush. Die Organisation B'Tselem nennt sich nach einem biblischen Zitat: „Gott hat den Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen.“ So banal es klingen mag, muss es dennoch wiederholt werden: Menschenrechte gelten für alle Menschen.

Die universalistische Tradition wurde auch von den großen deutsch-jüdischen Denkern vertreten: Moses Mendelssohn, Hermann Cohen, Albert Einstein. Umso trauriger ist es, dass diese Tradition heute so sehr in Vergessenheit geraten ist und dass viele Deutsche von der Vielfalt jüdischer Meinungen so erstaunt sind. Hierzulande sind die nationalistischen jüdischen Stimmen so laut, dass die anderen übertönt wurden, und dass selbst die eigene Geistestradiation unbekannt bleibt.

Dass der Bundespräsident universalistisch denkt, zeigte nicht nur seine Unterstützung der Vielfalt jüdischer Meinungen. Am 22. Juni dieses Jahres wurde Steinmeier der erste deutschen Bundespräsident, der auch den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit klaren Worten bedachte. . Auch wenn die große Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung schon 1995 die Verbrechen dieses Krieges vor allen Augen sichtbar machte, bleibt der Vernichtungskrieg für viele Westdeutsche neben dem Holocaust an der zweiten Stelle – wenn er nicht gleich ganz ignoriert wird.

Selbstverständlich können Historiker die Unterschiede zwischen diesen Verbrechen herausarbeiten, moralisch aber sollten sie zusammen gedacht werden. Der Bundespräsident erinnerte an die Abermillionen an Ziviltoten, an die Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener, die Belagerung Leningrads. Seine bewegende Rede folgte der Lebensgeschichte des Rotarmisten Boris Popov – um klarzustellen, dass hinter den Toten Einzelschicksale verborgen sind, die sichtbar gemacht werden

müssen. Auch hier zeigte der Bundespräsident, dass deutsche Geschichte heute neu gelernt werden muss, um über die Zukunft nachzudenken. Denken wir gemeinsam darüber nach!

Susan Neiman ist Philosophin und Direktorin des Einstein-Forums in Potsdam. Letztes Jahr erschien im Hanser Verlag ihr Buch „Von den Deutschen lernen“. Sie ist eine der Protagonistinnen der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“, die sich für Meinungsfreiheit in Kultur und Wissenschaft einsetzt und sich kritisch zur 2019 verabschiedeten BDS-Resolution des Bundestags äußerte.

© Alle Rechte vorbehalten. Susan Neiman